PROGRAMM für die KREISTAGSWAHL

DIE GRÜNEN

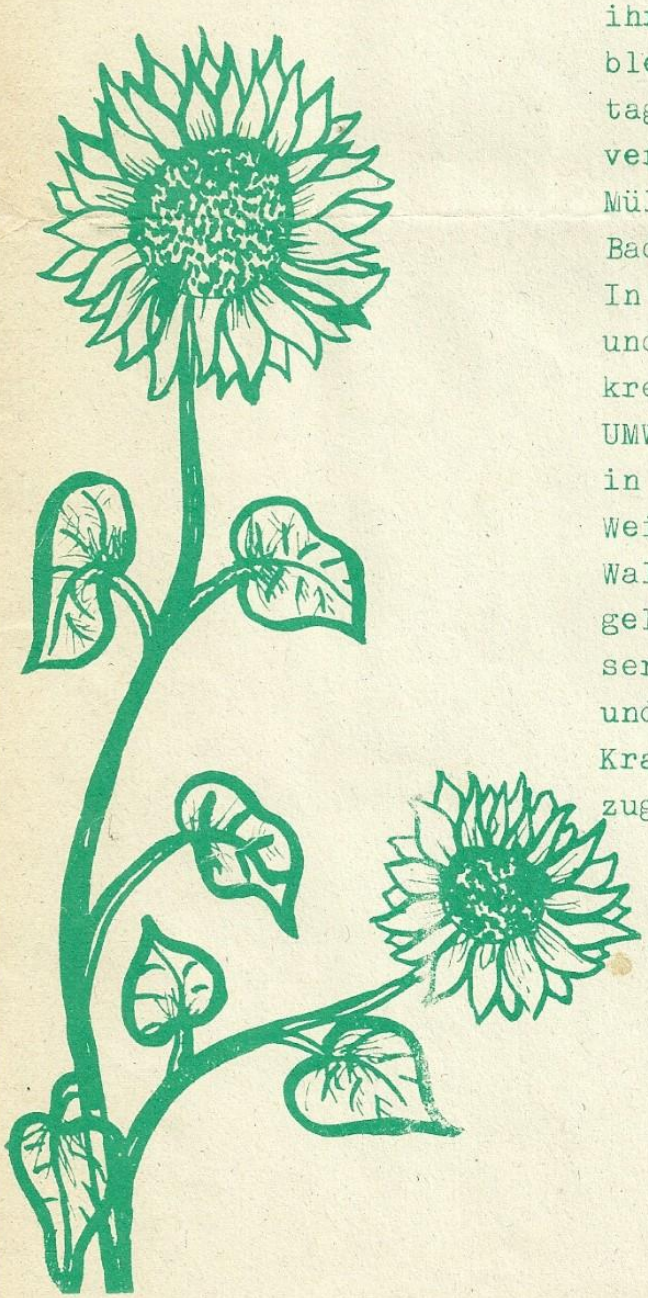
am 18. März 1984

Kreisverband Weilheim-Schongau

Wir GRÜNE treten am 18 März zum erstenmal bei Kommunalwahlen an. Unserer Meinung nach sind angesichts der drohenden ökologischen und atomaren Katastrophe alle Menschen aufgerufen zu handeln, um mit ihren Ideen, ihrem Wissen und ihrer Phantasie zur Lösung der anstehenden Probleme beizutragen. Wer die Politik unseres Kreistags, bestimmt von der übermächtigen CSU, bisher verfolgt hat, seiß z.B. um die Abenteuer in der Müll-Frageoder um die Umweltpolitik, die zum Badeverbot in der Ach geführt hat.

In diesem Programm versuchen wir Grundsätze und Inhalte GRÜNER Politik auf unseren Landkreis Weilheim-Schongau zu übertragen.

UMWELTSCHUTZ ist heute wichtiger denn je auch in unserem Landkreis. Noch ist unser Landkreis Weilheim-Schongau scheinbar intakt. Doch das Waldsterben, der weitere Straßenbau in den vorgelegten Planungen, die Belastung des Trinkwassers durch Nitrat, der Gewässer durch Phosphate und die fortlaufende Luftverschmutzung durch Kraftwerke und Fabriken müssen auch bei uns zugleich Warnung und Anstoß zum Handeln sein.



Waldsterben und Luftverschmutzung

Wir werden uns für eine vorbildliche Ausstattung der kreiseigenen Dienstfahrzeuge durch sofortigen Einbau von Katalysatoren und asbestfreien Bremsbelägen einsetzen. Im Landratsamt muß eine genaue Aufstellung der Schäden im Wald gemacht werden. Von den Fabriken und Kraftwerken (Papierfabrik Schongau, Moralt Peiting, Kraftwerk Peißenberg, Boeringer usw.) werden wir einen regelmäßigen Bericht über den Schadstoffausstoß in die Luft und die Gewässer fordern, um notwendige Maßnahmen in den Betrieben einleiten zu können. Auch die vielen Hausbrandheizungen belasten unsere Luft mit Stickoxiden und Schwefeldioxid. Der Landkreis muß auch hier vorbildhaft sein, indem er alternative Technologien (Sonnenkollektor, Wind und passive Sonnenheizung) nutzt und außerdem bei privaten Neubauten darauf hinwirkt, daß diese Techniken genutzt werden.

ANDENKEN
an den

Bayerischen Wald

* vor 10.000 Jahren
† um 1980

nach langem, schweren Siechtum
an der Profitgier einer
dekadenten Gesellschaft.

*

Sein Tod soll uns nicht ruhen lassen!

Ökologische Verkehrspolitik

Dem ländlichen Raum wurden in den letzten Jahren viele Funktionen entzogen. Arbeit wandert in die Ballungszentren, die Verwaltung rückt immer weiter vom Bürger und seinem Wohnort weg. Die Dörfer werden zu Reservaten für ein paar Bauern und zu Schlafstädten für die, die nicht in die Stadt oder schon wieder aufs Land wollen. Dies bringt natürlich Verkehr mit sich, etwa für die Versorgung des Landes mit verarbeiteten bzw. denaturierten Lebensmitteln, zur Entsorgung der Ballungsräume (Abfälle und unsaubere Industrie) oder für den Weg der Menschen zu Verwaltung und Arbeit.

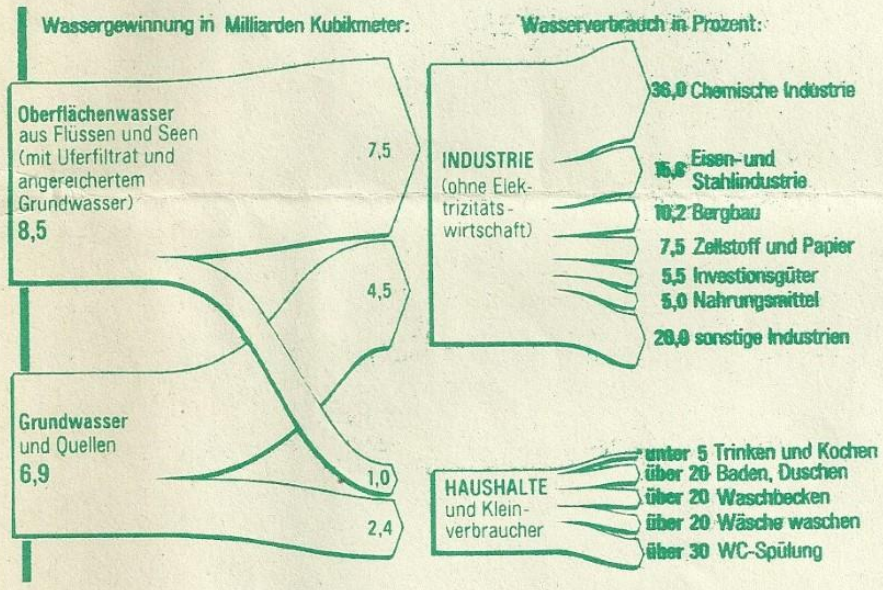
Deshalb ist es notwendig, diese Entwicklung umzukehren und zur dezentralen Lebensform zu finden. Das heißt aber auch, daß der öffentliche Verkehr zur Daseinsvorsorge des Landes notwendig ist und deshalb nicht nur nach Wirtschaftlichkeit beurteilt werden darf. Deshalb werden wir uns gegen weitere Streckenstillegungen und Schließungen von Bahnhöfen wenden. Ein Konzept für einen integrierten Bus und Bahnverkehr ohne Trennung nach Schul-, Werks- und sonstigen öffentlichen Verkehr ist notwendig.

Dauernder Straßenbau hat nicht etwa mehr Sicherheit zur Folge, denn durch zusätzliche Verkehrsfläche wird zusätzliches Verkehrsaufkommen bewirkt und gefördert. Stattdessen führt der steigende Landverbrauch zu einer wachsenden Verengung der ökologischen Vielfalt und zur Verödung des Landschaftsbildes. Das heißt für unsere Arbeit im Kreistag: Kein weiterer Straßenbau, sondern nur noch Erhaltungsmassnahmen. Der Fahrradverkehr muß durch den Ausbau des Wegenetzes und ausreichende Beschilderung gefördert werden.

ROHSTOFF-RÜCKGEWINNUNG
statt Deponierung und Verbrennung

Das hohe Müllaufkommen auch in unserer Heimat ist nicht naturgegeben, sondern von unserer Lebensweise bewirkt. Deshalb müssen unsere vorrangigen Bestrebungen der Verringerung des schließlich nicht wiederverwendbaren Abfalls gelten. Hierzu schlagen wir eine Auszeichnung vor, für besonders vorbildliches Verhalten von Betrieben und Geschäften für umweltfreundliche Produktion, Verarbeitung und Verpackung. Der anfallende Haus-und Industriemüll muß nach organischem Material, Glas, Metall, Kunststoff und sonstigem Müll sortiert werden. Der Problemmüll ist einer gesonderten Vernichtung zuzuführen. Auf diese Weise werden die Deponien Schwaiganger und Erbenschwang noch über viele Jahre ausreichen und vor allem ungefährlicher.

WASSER



Wir werden uns dafür einsetzen die Wasserqualität unserer Flüsse und Seen zu verbessern. Die Reinhaltung der Gewässer muß, analog zum Müll, schon im Haushalt beginnen.
Die Trinkwasserverschwendung darf nicht so weitergehen. Die GRÜNEN fordern langfristig die Trennung von Trink-und Brauchwasser.

BILDUNGSFABRIK - NEIN DANKE!

Im Zusammenhang mit der geforderten Dezentralisierung aller Lebensbereiche ist natürlich auch die Zentralisierung des Schulwesens zu kritisieren. Wir unterstützen alle Bemühungen wieder zu überschaubaren Schulwesen am Ort zu kommen. Die Abschaffung der Schulwegkostenfreiheit geht wieder mal zu Lasten der sozial Schwächeren. Eine Finanzierung der Schulwegkosten durch Gemeinden und Kreis sollte deshalb überprüft werden.

Landwirtschaft + Umweltschutz

Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der ohnehin unseren Landkreis prägt, ist die Landwirtschaft. Viele Höfe stehen schon in großer finanzieller Bedrängnis, und der Druck wird noch größer werden. Neue Lösungswege, bei denen auch der Kreistag mitdiskutieren muß, dürfen nicht zu einer weiteren Intensivierung der Landwirtschaft führen. Der in unserem Landkreis noch vorhandene Bestand an Feuchtflächen und Streuwiesen ist durch zusätzliche finanzielle Unterstützung des Landkreises zu sichern. Beim Naturschutz muß die Zusammenarbeit von Landratsamt und Amt für Landwirtschaft stärker und qualifizierter werden.

ARBEIT

Arbeit und Leben darf nicht getrennt werden. Zweigbetriebe oder Firmen mit Produktion von Einzelteilen unter Akkord tragen weder zur eigenständigen Entwicklung des Landes noch zur Identifikation mit der Arbeit bei. Wir fordern bei Zuweisung von Baugebieten, die Trennung von Arbeit und Wohnung aufzuheben. Kleine Handelsbetriebe und Geschäfte tragen zur Verlebendigung des Lebensraumes bei. Außerdem werden wir uns für die Unterstützung von Betriebsübernahmen durch Belegschaften einsetzen und für die Förderung von Arbeitsloseninitiativen.

Frieden und Sicherheit

Kommunalpolitik steht für uns nicht isoliert, sondern hat enge Bezüge zur Landes-und Bundespolitik. Nach "grünem" Demokratieverständnis müssen Änderungen auf Landes-und Bundesebene von unten, d.h. auch von den Gemeinden und Kreisen,ausgehen. In diesem Sinne werden wir als friedenspolitische Initiative darauf drängen, in unserem Landkreis Weilheim-Schongau weder ABC-Waffen lagern noch sie auf unseren Straßen transportieren zu lassen.

<u>Die fünf Spitzenkandidaten für den Kreistag:</u>

Josef Albrecht	31 Jahre Oderding	Bauer
Michael Sendl	27 Jahre Peißenberg	Bauer
Günther Urban	42 Jahre Weilheim	Konstrukteur
Helmut Kinzelmann	20 Jahre Steingaden	KFZ-Elektriker
Klaus Adler	35 Jahre Penzberg	Studienrat

Manche unserer Forderungen scheinen auf den ersten Blick übertrieben oder unrealistisch zu sein. Wir halten hochgesteckte Ziele, Träume und Utopien aber für einen wesentlichen Teil des lebendigen Menschen und für notwendige Voraussetzung von Veränderungen in unserem Sinne.

Herausgeber: DIE GRÜNEN, Kreisverband Weilheim-Schongau
Fanny Klatt Trifthofstr. 47 8120 Weilheim